

Blieskastel wird Gesetzes-Norm beim Krippenausbau verfehlen!

Stellungnahme der SPD-Fraktion

zum Krippenausbau in Blieskastel

CDU und Grüne haben Prioritäten falsch gesetzt!

Vorbemerkung:

Der Bundesgesetzgeber hat 2007 zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder bis einschließlich 3 Jahre gesetzlich verankert. Bei der Verabschiedung des Gesetzes ging man davon aus, dass für mindestens 35 % der Kinder im Krippenalter (bis Ende 3. Lebensjahr) ein Krippenplatz vorgehalten werden muss, um diesen Rechtsanspruch zu gewährleisten. Der Bund stellt seither zusätzliche Finanzierungshilfen zur Verfügung, um den erforderlichen Ausbau von Krippenplätzen zu ermöglichen. Diese Bundesmittel stehen nur noch bis Ende 2013 zur Verfügung.

Für **Blieskastel** bedeutet dies, dass zur Erfüllung dieses Rechtsanspruches bis zum Stichtag 1.8.ca 132 Krippenplätze zur Verfügung stehen müssten. Tatsächlich sind es bis zum heutigen Tag noch nicht einmal 100! Da hilft es auch nicht, sich mit ganzseitigen, selbstbeweihräuchernden Verlautbarungen („Blieskastel ist... auf gutem Weg“) in die eigene Tasche zu lügen. Selbst wenn man die im Rahmen des KiGa-Neubaus in Blieskastel geplanten 10 und die durch den Umbau in Lautzkirchen erhofften 14 zusätzlichen Plätze berücksichtigt, werden wir die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllen können. Dabei hat die SPD-Fraktion im Blieskasteler Stadtrat bereits 2007 mit ihrem Programm „Bildung und Betreuung“ den vorrangigen und zügigen Ausbau von Krippenplätzen gefordert und entsprechende Anträge an die Verwaltung gerichtet.

Doch die Bürgermeisterin und die schwarz-grüne Mehrheit im Rathaus setzten **andere Prioritäten**. Ihnen war der millionenschwere Abriss der ehemaligen **Malzfabrik** und der hunderttausende verschlingende Neubau einer überflüssigen „**Monstertreppe**“ zum Kloster (50 Meter neben einer bereits bestehenden Treppe) offenbar wichtiger. Die Klagen der Rathausmehrheit, dass uns das Geld für den Ausbau fehle, klingen wenig glaubwürdig wenn die gleiche Mehrheit gleichzeitig durch Senkung der Gewerbesteuer Steuergeschenke an Gutverdienende und Gewerbetreibende verteilt. Im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf würden nicht zuletzt auch Unternehmen im Stadtgebiet von einer besseren Betreuungssituation profitieren. Und schließlich übernimmt die Stadt von der katholischen Kirche, für die von dieser betriebenen Übernahme der Gebäudeträgerschaft, **Renovierungskosten in Millionenhöhe** für die (wg. unterlassener Sorgfalt und Gebäudeunterhaltung) in hohem Maße sanierungsbedürftigen katholischen Kindergärten Niederwürzbach, Bierbach Lautzkirchen und Blickweiler. Allerdings werden dadurch keinerlei zusätzliche Plätze geschaffen. Die „Betriebsträgerschaft“ d.h. die Bestimmung über Personal und pädagogische Inhalte verbleibt freilich in kirchlicher Hand. Wen wundert's da, dass die betroffene/begünstigte Pfarrei die Bürgermeisterin dafür in den höchsten Tönen öffentlich lobt: „Die Zusammenarbeit der Stadt mit dem kirchlichen Träger könnte besser und sinnvoller nicht sein“ (BKN 23/2012). Nachtigall...

Die Situation in Blieskastel, an der sich auch durch die Bestellung einer grünen "Sozial"-Beigeordneten anlässlich der Bildung der Jamaika-Koalition leider nichts geändert hat, erinnert in grotesker Weise an die Politik auf Bundesebene, wo schwarz-gelb Milliarden an Steuergeschenken für Großverdiener, Hoteliers und Banken oder ein Betreuungsgeld (das außer der CDU/CSU keiner will) verteilt, bei Finanzhilfen für Bildung und Wissenschaft knausert und der (CDU-)Bundesfinanzminister seinen (nordrheinwestfälischen (SPD-) Finanzminister kritisiert, weil dieser Steuerhinterzieher verfolgt, die ihr (geschenktes) Geld am Finanzamt vorbei in der Schweiz oder Panama oder sonstwo deponieren.

Daran lässt sich nur `was ändern wenn sich Mehrheiten ändern!

Fast könnte man meinen, Bürgermeisterin und Stadtratsmehrheit interpretieren das Etikett der Auszeichnung "**Cita slow**" (eine Schnecke!) im Sinne von: "In Blieskastel ist der (soziale) Fortschritt eine Schnecke".

Mit einem neuen Bürgermeister werden wir bei Bildung und Betreuung auf die Tube drücken!

Guido Freidinger

stellvertr. Fraktionsvorsitzender